

Haushaltsrede der UWG-Fraktion zum Haushalt 2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

eben bin ich für 25 Jahre Ratsmitgliedschaft geehrt worden.

Auch die Unabhängige Wählergemeinschaft ist im 25. Jahr ihres Bestehens ununterbrochen im Rat vertreten, sodass ich es für angemessen halte, von dieser Stelle aus ein wenig auf diesen langen und ereignisreichen Zeitraum zurückzublicken. -

Die letzten 10 Jahre absoluter Ratsmehrheit der SPD stehen dabei im Mittelpunkt. -
Keine Sorge, ich werde es kurz machen und Ihre Geduld nicht über Gebühr in Anspruch nehmen:

Auch möchte ich nicht alles wiederholen, was zum Haushalt 2020 bereits von anderer Seite ausführlich vorgetragen wurde.

Sechs Haushaltsreden verlangen von den Zuhörern mindestens 1 1/2 Stunden Aufmerksamkeit. Das muss reichen, um die jeweiligen Parteiverdienste zu würdigen! -

Nachdem wir erfahren haben, was die Stadt Eschweiler dem segensreichen Wirken der SPD alles zu verdanken hat - nämlich alles -, möchte ich in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass etwa 95% aller Rats- und Ausschussbeschlüsse einstimmig gefasst wurden. Es war auch nicht die SPD, welche deren Umsetzung bezahlt hat – wie das stereotype „Die SPD hat in Eschweiler“ meinen lassen könnte! -

Nein, es sind die Bürger dieser Stadt, die mit ihren Steuern und Abgaben für alles haften! -
Die begriffliche Affinität „Bürger“ und „Bürgen“ muss einen in diesem Zusammenhang nachdenklich machen! -

Seit 2007 besteht für die Kommunen die Bilanzpflicht. Eine Auflage, die in Eschweiler nur mit großen Schwierigkeiten und mit erheblicher Zeitverzögerung umgesetzt wurde.

Das Eigenkapital der Stadt von damals noch 133 Mio. € nahm über einen Zeitraum von 10 Jahren um durchschnittlich 10-12 Mio. €/Jahr kontinuierlich ab auf - 2016 - unter 30 Mio. €!!

Wer erinnert sich nicht noch an die vielsagenden Worte unseres damaligen Kämmerers:
„Wenn die Abschreibungen nicht wären, hätten wir einen ausgeglichenen Haushalt!“ -

Auch Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, mussten nach Jahren gegenteiliger Aussagen schließlich einsehen, dass die Liquiditätskredite – sie erreichten zeitweise schwindelerregende Höhen von annähernd 100 Mio. € - eben doch „Schulden“ sind! -

Durch die SPD/CDU-Koalition (von 1999-2004) und die sich anschließende SPD-Grünen-Regierung nahm ausweislich der Jahresabschlüsse das Vermögen der Stadt in dieser Zeit um weitere ca. 100 Mio. € ab!! -

„Seid verschlungen Millionen“, dieses Trauerspiel stand Jahr für Jahr – und viel zu lange - in Eschweiler auf dem Spielplan.

Wenn die Kassenkredite inzwischen auch auf ca. 70 Mio. € zurückgeführt wurden und auch in der mittelfristigen Finanzplanung weiter abnehmen sollen, wagt es der Kämmerer dennoch nicht, den Höchstbetrag für die Inanspruchnahme der Kassenkredite für 2020 von 90 Mio. € zurückzusetzen! -

Vorsicht ist geboten, denn die UWG hat bei den Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass innerhalb von nur zwei Jahren (von 2017 bis 2019) die erwarteten Haushaltsabschlüsse bis 2023 vom Kämmerer um 21 Mio. € niedriger eingestuft werden mussten! -

Das bekannt niedrige Zinsniveau verschafft dem Schuldenhaushalt seit Jahren nicht unbeträchtliche Millionen € an „Gewinnen“. Zur Verdeutlichung: 2% geringere Zinsen auf 100 Mio. € Kreditsumme ergeben pro Jahr 2 Mio. € Haushaltsverbesserung und in 10 Jahren 20 Mio. €.

Die jährlichen Verschiebungen von angekündigten Investitionsvorhaben mindern zudem die aktuelle Kreditlast, belasten aber zukünftige Haushalte.

Sogar den Begriff „Zinserträge auf Girokonten“ findet man ab 2020 im Haushaltsplan „Allgemeine Finanzwirtschaft“ und erwartet 40.000 € jährlich! - Meine Frage: „Sind das die vereinnahmten Gelder für Kreditaufnahmen, also Minuszinsen“? -

Mehr als 60 Kanalbau- und mehr als 30 Straßenausbaumaßnahmen finden wir im Investitionsprogramm 2020! - Wer soll das umsetzen?! -

Lassen Sie mich einiges sagen zum Thema Kinderbetreuung und Schule:

Die UWG hat im Rat immer wieder diese Bereiche in den Vordergrund gestellt. Unsere fast 20 Jahre alte Forderung nach für die Eltern kostenfreier Vorschulbetreuung wurde hier im Rat anfangs immer mit Hinweis auf das fehlende Geld abgelehnt und später - mit kräftiger Unterstützung von Bund und Land - schrittweise ermöglicht. Kostenfrei ist dieser wichtige Bereich für Eltern aber immer noch nicht! -

In den Bereich der Jugendbetreuung gehören auch die von uns – und anderen – beantragten Mittel für die Anschaffung von Spielgeräten für Kinder mit Behinderung.

Sie werden ebenso ab 2020 jährlich im Etat mit 20.000 € angesetzt, wie auch ein Betrag von 5.000 €, der dauerhaft die Einbindung des Kinderzirkus Lollipop sichert.

„Gute Schule 2020“ und – ab April 2019 - der Digitalpakt Schule sind wichtige und notwendige Schritte, um den Investitionsstau zu beheben und den Schülern den Eintritt in die digitale Zukunft zu ermöglichen.

Aber 4,4 Mio. € reichen bei weitem nicht aus, die notwendigen Baumaßnahmen auch zeitnah umzusetzen. -

Zudem sind Medienentwicklungspläne für jede Schule Fördervoraussetzungen, doch liegen diese noch nicht für alle Schulen vor. Die von der UWG eingeforderte Hilfe von der Verwaltung ist nach unserer Kenntnis etatmäßig nicht erfasst. -

Einigen Punkten des Etats für 2020 kann die UWG nicht zustimmen oder mahnt nicht unerhebliche Bedenken an: Ab diesem Jahr belastet ein jährlicher Zuschuss an die „Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH“ in Höhe von 250.000 € unseren Haushalt! - Die Mitgesellschafter Aldenhoven, Alsdorf, Stolberg und Würselen beteiligen sich nicht an der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes. Die UWG fragt „Können oder wollen diese Kommunen nicht?“

Noch eine Haushaltsposition findet nicht unsere Zustimmung: Ausbau Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH. Das schlägt mit jährlich 30.000 Euro zu Buche, aber wofür? Die Behauptung, der Ausbau zum Forschungsflugplatz sei nur durch eine Verlängerung der Start- und Landebahn zu erreichen, ist nachweislich falsch. Hier werden die Vorschriften für Geschäftsflüge als Begründung vorgeschoben, die bestimmte Größenordnungen für Start und Landung vorgeben. Geschäftsflüge aber sind Flüge, die gewerblich Passagiere für Dritte befördern. Für Flugzeuge, die zu Forschungs- oder Erprobungszwecken starten, gelten die Start- und Landebahnvorschriften nicht. Aber ein Flugplatz, der bei Dunkelheit und schlechtem Wetter nicht genutzt werden kann, rechtfertigt in unseren Augen weder die Investition noch den jährlichen Aufwand für die Anteilseigner.

Bereits vor der Jahrtausendwende hatte die UWG die Notwendigkeit von Bezirksfriedhöfen in St. Jöris und Nothberg kritisch hinterfragt. In Nothberg konnte die CDU/UWG-Kooperation einen Teil des geplanten Friedhofes verhindern und das heutige Wohngebiet Udelinberg entstehen lassen. In St. Jöris ist ein Friedhof in der Größe von 4 Fußballfeldern mit erheblichem Kostenaufwand entstanden, der jährliche Kosten im 5-stelligen Bereich verursacht.

Lassen Sie mich einiges zum Thema Sport sagen, der in Eschweiler einen hohen Stellenwert hat. Nicht nur der Fußballsport.

Zu einer der „Sparmaßnahmen“ der SPD/CDU-Regierung zu Beginn 2000 zählte die Einführung der Betriebskostenbeteiligung der Sportvereine. Diese betraf insbesondere die hallensporttreibenden Vereine. Das lange und dauernde Bohren der UWG im Sportausschuss hat nun endlich Früchte getragen: Ab 2020 werden die Kostenbeteiligungen auf 50 % reduziert (ca. 25.000 €/Jahr)! Das ist viel Geld, das den Jugendlichen zu Gute kommt.

500.000 € werden wohl benötigt, um dem Schwimmverein Delphin im Untergeschoss der Schwimmhalle Jahnstraße einen Schulungsraum zu bauen.

Seit 2014 war das immer wieder Thema im Sportausschuss, wobei die geschätzten Kosten zunächst unter 200.000 € lagen! –

Die UWG hat ihre Zustimmung von einem qualifizierten Gutachten abhängig gemacht, das der 56 Jahre alten Schwimmhalle noch eine Lebensdauer von mindestens 15 Jahren attestiert. –

Oh Wunder, das Gutachten wurde von der Verwaltung für die Sporthalle beauftragt!

Aus der gemeinsamen Sitzung von Sportausschuss und Planungs/Umwelt/Bauausschuss ist mir noch die Aussage von Herrn Bürgermeister Bertram in Erinnerung, dass im Falle eines baurechtlichen Abgangs der Schwimmhalle eine neue an eben dieser Stelle gebaut würde! Dass im benachbarten Alsdorf – wegen des dann zwangsläufig anstehenden zweijährigen Ruhens des gesamten Schwimmsports - genau deshalb ein „Neubau an anderer Stelle“ notwendig wird, werden die Sportler in Eschweiler eines Tages schmerzvoll erfahren.

Die Ausweichmöglichkeit Weisweiler besteht seit Schließung der dortigen Bäder nicht mehr!! –

Wie richtig die UWG mit ihrer Befürchtung liegt, bestätigt eine Protokollnotiz der AG Ortsbesichtigung: Auf die Frage nach den hohen Kosten (ca. 100.000 €) für die Erneuerung der Treppe zum

Sporthallenkomplex antwortete die Verwaltung:

„Im Hinblick auf den problematischen Aufbau der Fundamente aufgrund des Indeeinflusses waren zusätzliche Gründungsarbeiten notwendig!“ –

Da bekommt das Wort „Schwimmhalle“ doch gleich eine ganz neue Bedeutung!!

Unsere Forderung sei deshalb an dieser Stelle wiederholt: Beauftragen Sie endlich das zugesagte Gutachten und weisen Sie uns nach, dass das „irrtümliche Sporthallen-Gutachten“ nicht notwendiger Teil des Zuschussantrages zur Übernahme von 90% der Baukosten ist.

Hierzu finden wir übrigens auch keine Haushaltsstelle. –

Gewundert haben wir uns über die Einstellung von 500.000 € für ein Vereinsheim des Fußballvereins EFV.

Geht man von der im Förderantrag des Vereins geschilderten Entwicklung aus, sind die Platzverhältnisse nicht ausreichend. Einen zusätzlichen Platz kann man am Standort des Vereins nicht verwirklichen.

Die beabsichtigte Fusion mit Rhenania erscheint unter diesen Gesichtspunkten nicht umsetzbar.

Bei der Eröffnung der Sporthalle der Don-Bosco-Schule hat der Bürgermeister auf die bereits 2014 stattgefundenen Gespräche mit der damaligen Schulleiterin verwiesen.

Die UWG hat bereits 2009 mit Elternvertretern das Thema besprochen und auf deren Bitte entsprechende Anträge gestellt. Diese wurden mit dem Argument der über 2 Mio. € hohen Baukosten abgelehnt. Das zur notwendigen Richtigstellung. Heute hat der Neubau 1,4 Mio. € gekostet. 2009 lagen uns konkrete Angebote

eines Fertighallenherstellers in Höhe von 800.000 € vor.

Gerne hätten wir von der Verwaltung etwas über die Gebührenrechnung der Abfallentsorgung erfahren. Nach der Rekommunalisierung des Wirtschaftsbetriebes WBE, der bisher das operative Geschäft durchgeführt hat, entfällt nunmehr die Mehrwertsteuerpflicht. Trotzdem bleiben die Gebühren, wie in der Beschlussvorlage angemerkt, unverändert. Wo aber ist für den zahlungspflichtigen Bürger der Vorteil verblieben, der durch den Wegfall der Mehrwertsteuer zu erwarten war?

Fast zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch ein paar Worte zum „Rathaus-Quartier“ sagen: Die Blockade-Aktivitäten und anhängende Gerichtsverfahren lassen den Komplex zunehmend zum dauerhaften Schandfleck im Zentrum der Stadt verkommen.

Es sollte doch jedem klar sein – und ich habe bereits in meiner vorjährigen Rede darauf hingewiesen –, dass die Stadt als Investor nicht in Betracht kommt. Die Höhe des notwendigen Invests übersteigt die städtischen Möglichkeiten. - Nach dem Investor Ten Brinke wird es für das Objekt nur schwer einen Nachfolger geben!

Abschließend sei mir die Frage erlaubt:

Kannten Sie vor gut einem Jahr das Wort „Straßenausbaubeiträge“? –

Inzwischen hat die vom „Bund der Steuerzahler NRW“ im Oktober 2018 initiierte Volksinitiative zu deren Abschaffung durch nahezu 500.000 Unterschriften eine landesweite Bekanntheit erlangt.

Diese „Dino-Abgabe“ aus Kaiser's Zeiten wird wohl bald nur noch in NRW erhoben, wenn man die Aktivitäten in anderen Bundesländern beobachtet! - In Bayern waren die jetzigen Regierungsparteien CSU und Freie Wähler gut beraten, die Abschaffung der Straßenausbaubeträge schon vor der Landtagswahl zu beschließen.

In NRW will die CDU-FDP eine noch nicht im Parlament beschlossene Teillösung umsetzen und dabei offenbar ihre Mehrheit riskieren.

Die UWG hat in Eschweiler nahezu 80 Unterschriftensammler aktiviert, die mit ca. 5000 Unterschriften wesentlich am Erfolg der Aktion beteiligt sind.

Es ist schon bemerkenswert – um nicht zu sagen unverfroren – dass die in Rheinland-Pfalz in der Opposition befindliche CDU nahezu mit den gleichen Argumenten die totale Abschaffung der Straßenausbauabgabe fordert, wie die SPD in NRW!! –

Der „Bund der Steuerzahler NRW“ und die UWG werden nicht locker lassen!

Abschließend darf ich den Damen und Herren der Verwaltung danken, die uns die gewünschten oder benötigten Auskünfte rechtzeitig haben zukommen lassen. Nicht funktioniert dagegen hat die Übermittlung von Sitzungsunterlagen und Ausschussprotokollen.

Dies erschwert gerade bei den kleinen Fraktionen im Stadtrat die Arbeit, weil man gezwungen ist, bis zu einem Tag vor einer Sitzung die Tagesordnung zu ändern und Sitzungsunterlagen neu einzusortieren. Eine Beratung in der Fraktion ist teilweise aus zeitlichen Gründen dann nicht mehr möglich. Ich habe z. B. erst gestern 14 Unterlagen zur heutigen Sitzung per Post zugestellt bekommen.

Das sind erhebliche nicht notwendige Behinderungen unserer Fraktionsarbeit.

Trotz einiger Bedenken werden wir dem Haushalt zustimmen.

Wir hoffen im Interesse der Stadt, dass der Optimismus des Kämmerers und der Mehrheitsfraktion sich Ende des nächsten Jahres bewahrheitet hat.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Erich Spies
(Fraktionsvorsitzender)